

# AHV-Direktor ist optimistisch für die Zukunft

**Reaktion** Die nun vom Landtag beschlossene AHV-Revision von Regierungsrat Mauro Pedrazzini wird bei der AHV selbst als gute Lösung bezeichnet. Nach all den Jahren könne man nun endlich weiterarbeiten, lautet der zuversichtliche Tenor.

VON HOLGER FRANKE

«Das Entscheidende ist, dass wir mit dieser Revision sehr gut gerüstet sind, um kommende Herausforderungen zu meistern», verdeutlicht Walter Kaufmann, Direktor der AHV-IV-FAK-Anstalten, im Interview gegenüber dem «Volksblatt». Nach all den Arbeitsgruppen, Steuerungsgruppen, Studien und Landtagsdebatten der vergangenen Jahre sei nun endlich der Zeitpunkt gekommen, ab dem klare Verhältnisse herrschen. Es besteht Rechtssicherheit - wichtig nicht zuletzt auch für die Unternehmen und Versicherten. Den mit der Reform eingeführten Interventionsmechanismus, der dazu führen wird, dass die langfristige Stabilität der AHV regelmässigen Prüfungen unterzogen wird, begrüsst Kaufmann ausdrücklich und bezeichnet diese Transparenz als ein Kernstück der Reform.

## Mit Risiken und Nebenwirkungen

Der abgelehnte Vorschlag der VU, den künftigen Staatsbeitrag auf ein Drittel des Umlagedefizites koppeln

zu wollen, mindestens aber 30 Mio. Franken, höchstens aber 55. Mio. Franken, wäre für die AHV grundsätzlich auch ein denkbarer Weg gewesen. Allerdings räumt auch Walter Kaufmann ein, dass diese Lösung eine finanzielle Gefahr für den Staatshaushalt mit sich bringen könnte, in Zeiten, in denen das Geld einmal knapp werden könnte - Rezessionen sind keine Seltenheit in der Realwirtschaft. Dem in letzter Minute eingebrachten Ansinnen der DU-Fraktion, die Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber weiter zu erhöhen, kann Kaufmann allerdings kaum etwas abgewinnen. Zwar würde das Umlagedefizit verringert, aber eben auch nicht vermieden. Vor allem aber hätte der Vorstoss die Ausgewogenheit des Gesamtpaketes gefährdet. «Das wäre aus meiner Sicht zu sehr auf Kosten von Unternehmen

«Jetzt haben wir  
eine gute Lösung.»

WALTER KAUFMANN  
DIREKTOR AHV-IV-FAK-ANSTALTEN

und der Generationen unter dem Rentenalter gegangen», meint Kaufmann.

## Kalkuliertes Risiko

Wie der AHV-Direktor weiter verdeutlicht, war es das Ziel der Reform, dass die Reserven der AHV über einen Zeitraum von 20 Jahren zwar sinken, aber eben nicht abstürzen werden. Der Weg: ein Umlageergebnis mit Defizit, der Staatsbeitrag und zudem die Vermögenserträge müssen im Schnitt der Jahre genügen, um die Reserven der AHV nicht allzu stark sinken zu lassen. Genau das hat der Landtag nun beschlossen. Unter dem Strich steht für Walter Kaufmann eines absolut fest: «Die AHV ist sicher, das ist klar.»

Interview: Seite 9

## Walter Kaufmann: «Das Entscheidende ist, dass wir mit dieser Revision sehr gut gerüstet sind»

**Interview** Nachdem der Landtag am Donnerstag den Revisionsvorschlägen der Regierung in allen zentralen Punkten zugestimmt hat, wird bei den AHV-IV-FAK-Anstalten durchgeatmet. Die AHV sei nun langfristig gesichert, jetzt könne man weiterarbeiten, verdeutlicht Direktor Walter Kaufmann im Gespräch.

VON HOLGER FRANKE

«Volksblatt»: Herr Kaufmann, ganz allgemein gefragt: Wie haben Sie die AHV-Debatte verfolgt und wie erleichtert sind Sie über das Ergebnis?  
Walter Kaufmann: Das war für die AHV-Anstalt natürlich das wichtigste Thema der vergangenen Jahre. Ich habe das Landtagstraktandum daher live am PC verfolgt und bin froh, dass das Hin und Her um diesen Schritt zur Revision des AHV-Gesetzes nun ein Ende haben könnte. Es ist wichtig, dass jetzt eine klare Rechtslage auf lange Sicht besteht, denn die Unternehmen und Kunden müssen sich bei der AHV auf stabile Verhältnisse verlassen können.

**Ganz ehrlich: Wissen Sie noch, wie viele Studien, Arbeitsgruppen und Landtagsdebatten nötig waren, um nun endlich zu dieser Einigung zu kommen?**  
Der gefühlte Beginn war für mich die Sondersitzung der «Gesamtregierung» bei uns im AHV-Gebäude mit dem AHV-Verwaltungsrat am 14. November 2006. Der nächste Schritt war die Einsetzung einer sogenannten «Steuerungsgruppe» durch die Regierung am 3. April 2007. Bei der Anzahl sich ablösender und ergebnisloser Arbeitsgruppen habe ich es aufgegeben, den Überblick behalten zu wollen. Die Anzahl Studien und Landtagsdebatten könnte man wohl zählen, aber diese Mühe muss man sich nicht machen. Immerhin: jetzt haben wir eine gute Lösung.

**Blicken wir auf das Ergebnis. Sie haben immer wieder betont, dass die AHV kein akuter Sanierungsfall ist. Vielmehr gehe es um die langfristige Sicherung. Ist die AHV nun langfristig gesichert?**  
Die AHV ist sicher, das ist klar. Ebenso klar muss uns aber sein: die Verhältnisse ändern sich immer wieder und wir werden uns laufend anpassen müssen, um die AHV sicher zu halten. Das Entscheidende ist, dass wir mit dieser Revision sehr gut gerüstet sind, um kommende Herausforderungen zu meistern. Besonders gut gefällt mir der mit dieser Reform im Gesetz verankerte und öffentlich geführte Interventionsmechanismus. Damit wird die Transparenz über die finanzielle Sicherheit der AHV deutlich verbessert.

**Im Zentrum der Diskussion der vergangenen Monate stand zumeist der Staatsbeitrag. Sie selbst sagten gestern gegenüber dem «Volksblatt», dass dies «erstaunlich» sei. Nach all den Jahren hätte man schliesslich zum Beispiel auch über die Erhöhung des Rentenalters streiten können. Wieso ist Ihrer Ansicht nach diese Diskussion weitestgehend ausgeblieben?**  
Ich selbst war vor zehn Jahren kein Freund einer Erhöhung des Rentenalters. Aber es haben wohl immer mehr Leute, auch ich, einsehen müssen, dass wir darum nicht mehr herumkommen. Insofern erstaunt nicht, dass hier der Widerstand gering blieb. Dass nun aber diese Erhöhung so rasch eingeführt wird und schon für den Jahrgang 1958 gilt, der ab 2018 die Rente antreten kann, hätte ich vor einem Jahr noch nicht gedacht. Etwas frapierend an der ganzen Debatte bleibt, dass sich in den vergangenen Jahren alles um den Staatshaushalt und seine Sanierung drehte. Da müssen wir natürlich durch. Aber da müssen wir irgendwann auch am anderen Ende der Durststrecke ankommen.



Walter Kaufmann, AHV-IV-FAK-Anstalten, sieht die liechtensteinische AHV nun für die Zukunft gerüstet. (Foto: ZVG)

**Sie selbst hatten in einem früheren Interview einmal gesagt, dass die AHV auch bei 20 Millionen Franken nicht kollabieren würde. Nun ist der Staatsbeitrag auf 30 Millionen Franken jährlich festgesetzt worden. Ist dies für die AHV die beste Lösung?**  
Das ist der Betrag, den die AHV-Anstalt im vergangenen Jahr im Vernehmlassungsverfahren genannt hatte. Der Landtag hat nun verschiedene andere und durchaus sinnvolle Varianten geprüft. Diese anderen Varianten hätten über die Jahre hinweg zu höheren Staatsbeiträgen an die AHV geführt. Der Landtag hat letztlich entschieden, dem Regierungsvorschlag zu folgen. Die AHV-Anstalt akzeptiert diesen Beschluss und begrüss, dass wir in dieser Diskussion nun innehalten. Jetzt können wir weiterarbeiten.

**In der Landtagsdebatte wurde auch ausgiebig ein Vorschlag diskutiert, dass der künftige Staatsbeitrag ein Drittel des Umlagedefizites, mindestens aber 30 Mio. Franken, höchstens aber 55. Mio. Franken betragen solle. Was hätten Sie von diesem Vorschlag gehalten?**  
Es gibt oft verschiedene Wege. Dieser Vorschlag wäre auch gangbar gewesen. Der Vorteil für die AHV wäre eine finanzielle Absicherung für Phasen einer Rezession der Realwirtschaft mit stagnierenden oder sin-

kenden Gesamtlohnsummen gewesen. Logischerweise, anders geht es nicht, wäre das aber zum Nachteil für den Staat, eine finanzielle Gefahr in diesen schlechten Jahren. Egal welchen Weg man hier wählt, es gibt gute Argumente dafür und dagegen.

**Eingeführt wurde nun auch ein Interventionsmechanismus. Mit anderen Worten: Regierung und Landtag schauen künftig regelmässig ganz genau hin. Nötigenfalls müssten zwingend Massnahmen ergriffen werden. Fühlen Sie sich wohl dabei?**  
Ja. Der mit dieser Reform im Gesetz verankerte Interventionsmechanismus ist ein Kernstück. Hier gilt es dann nämlich, Farbe zu bekennen. Spätestens am 31. Dezember 2018 muss die Regierung die nächste versicherungstechnische Prüfung in Auftrag geben und das Ergebnis dem Landtag binnen dreier Monate zur Kenntnis bringen. Wenn sich dabei zeigt, dass über die nächsten zwanzig Jahre der AHV-Fonds prognostisch unter fünf Jahresausgaben in Reserve sinkt, hat die Regierung nach der Kenntnisnahme durch den Landtag ein Jahr Zeit, um dem Landtag Vorschläge vorzulegen und der Landtag muss darüber entscheiden, welche Massnahmen weiterverfolgt werden. Dieser Mechanismus wiederholt sich dann nachher spätestens alle fünf Jahre.

**Die DU-Fraktion wollte die Beitragsätze für Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch weiter erhöhen, als die Regierung dies beabsichtigt hätte. Wie hilfreich wären diese Zusatzmaßnahmen für die AHV gewesen?**  
Das hätte das Umlagedefizit, die Differenz zwischen dem Total aus jährlichen Rentenauszahlungen und jährlichen Beitragseinnahmen, verringert. Es hätte aber nicht gereicht, das Umlagedefizit zu vermeiden. Höhere Beiträge sind in der Phase der Erarbeitung des Gesamtpakets diskutiert worden. Dabei musste man auf eine Ausgewogenheit des Gesamtpakets achten. In diesem Zeitpunkt, in der abschliessenden Beratung durch den Landtag, kam dieser Vorstoss überraschend «fünf vor zwölf». Wäre er angenommen worden, hätte das meines Erachtens die Ausgewogenheit des Gesamtpakets gefährdet. Das wäre aus meiner Sicht zu sehr auf Kosten von Unternehmen und der Generationen unter dem Rentenalter gegangen.

**Es ist aber so, dass das Umlagedefizit - also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der AHV - auch künftig zu schaffen machen wird. Die Frage ist, wie sehr?**  
Ein Ausgleich des Defizits durch den Staat ist vom Tisch. Was bleibt: Rein strukturell ist es riskant, von

**Die DU-Fraktion wollte die Beitragsätze für Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch weiter erhöhen, als die Regierung dies beabsichtigt hätte. Wie hilfreich wären diese Zusatzmaßnahmen für die AHV gewesen?**  
Das hätte das Umlagedefizit, die Differenz zwischen dem Total aus jährlichen Rentenauszahlungen und jährlichen Beitragseinnahmen, verringert. Es hätte aber nicht gereicht, das Umlagedefizit zu vermeiden. Höhere Beiträge sind in der Phase der Erarbeitung des Gesamtpakets diskutiert worden. Dabei musste man auf eine Ausgewogenheit des Gesamtpakets achten. In diesem Zeitpunkt, in der abschliessenden Beratung durch den Landtag, kam dieser Vorstoss überraschend «fünf vor zwölf». Wäre er angenommen worden, hätte das meines Erachtens die Ausgewogenheit des Gesamtpakets gefährdet. Das wäre aus meiner Sicht zu sehr auf Kosten von Unternehmen und der Generationen unter dem Rentenalter gegangen.

**Es ist aber so, dass das Umlagedefizit - also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der AHV - auch künftig zu schaffen machen wird. Die Frage ist, wie sehr?**  
Ein Ausgleich des Defizits durch den Staat ist vom Tisch. Was bleibt: Rein strukturell ist es riskant, von

**Es ist aber so, dass das Umlagedefizit - also die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der AHV - auch künftig zu schaffen machen wird. Die Frage ist, wie sehr?**  
Ein Ausgleich des Defizits durch den Staat ist vom Tisch. Was bleibt: Rein strukturell ist es riskant, von

vornherein ein Umlagedefizit in Kauf zu nehmen und auf Ausgleich durch Vermögenserträge zu hoffen. Das Ganze, nämlich ein Umlageergebnis mit Defizit, ein Staatsbeitrag und zudem die Vermögenserträge, müssen im Schnitt der Jahre genügen, um die Reserven der AHV nicht allzu stark sinken zu lassen. Genau das hat der Landtag nämlich beschlossen. Das sind natürlich nur Modellrechnungen, aber der Landtag weiss: Prognostisch muss man mit dieser Reform annehmen, dass die Reserven über zwanzig Jahre sinken, aber immerhin nicht absterben. Das war das Ziel der Reform.

**Herr Kaufmann, bringen wir es zum Schluss auf den Punkt. Glauben Sie, dass die Diskussionen um die langfristige Sicherung der AHV nun abgeschlossen sind, oder wird uns dieses Thema in naher Zukunft wieder ausgiebig beschäftigen?**  
Wir können jetzt innehalten. Für die unmittelbare Zukunft haben wir dieses grosse Thema nun abgearbeitet. Der Landtag der nächsten Mandatsperiode wird sich mit dem Thema beschäftigen müssen, aber er wird keine dringenden Massnahmen treffen müssen.

«Für die unmittelbare Zukunft haben wir dieses grosse Thema nun abgearbeitet.»